Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Band: 23 (1943-1944)

Heft: 1-2

Artikel: Russland und die Schweiz

Autor: Reinhard, Ernst

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-334934

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Einheit der schweizerischen Arbeiterbewegung muß rasch hergestellt werden.

IV.

Die Voraussetzungen dafür, daß die schweizerische Arbeiterschaft nach diesem Weltkrieg stärker in den politischen Auseinandersetzungen dasteht, werden durch die Einigung geschaffen. Die Arbeiterklasse der Schweiz muß wirtschaftlich und politisch nur wissen, was unserem Land und Volk nach diesem Krieg not tut. Die SPS. hat mit dem Manifest «Die neue Schweiz» Mittel und Wege gezeigt, wie die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Nachkriegszeit gelöst werden können. Die Arbeiterschaft der Schweiz hat im Ingreß zur «Neuen Schweiz» auch die Grundsätze ihrer Staatspolitik klar umschrieben. Die Stellung der «Neuen Schweiz» im internationalen Konzert der Mächte wird darin auch für die Nachkriegszeit vom Standpunkt der Arbeiterschaft aus festgelegt: bewaffnete Neutralität, föderalistische Demokratie: Herrschaft des Volkes in Wirtschaft und Staat, durch das Volk, für das Volk.

V.

Der Parteitag in Winterthur tritt in einem politisch wichtigen Augenblick zusammen. Die Nationalratswahlen von Ende Oktober sind in den gegenwärtigen weltgeschichtlichen Auseinandersetzungen zwischen Demokratie, Nationalsozialismus und Faschismus nur eine Episode. Von größerer Bedeutung noch als die Wahlen sind die politischen Entscheidungen, die in den kommenden Jahren in der Eidgenossenschaft zu treffen sein werden: Neuordnung des Wirtschaftlichen, Neuordnung alles Sozialen, Neues Recht der Arbeit. Die Arbeiterschaft der Schweiz wird zeigen, daß sie sich nicht nur in den Jahren des zweiten Weltkrieges national bewähren konnte, sie wird in den kommenden Zeiten den Beweis dafür erbringen, daß sie auch der Lösung der großen und schweren sozialen und politischen Aufgaben bei der Neuordnung der Dinge nach dem Kriege und damit der Totalrevision der Bundesverfassung gewachsen sein wird.

Rußland und die Schweiz

Von Ernst Reinhard

Die Beziehungen der Schweiz zu Sowjetrußland wurden in den Jahren vor dem Kriege hauptsächlich durch innerpolitische Motive der bürgerlichen Parteien bestimmt; die Furcht, es möchte die Anerkennung der USSR. und die Aufnahme geregelter Beziehungen zu ihr gleichbedeutend sein mit einem Triumph des kommunistischen Gedankens, es könnte vielleicht eine Gesandtschaft der USSR. in der Schweiz eine Propagandazentrale für die KPS. und damit für die Komintern bedeuten, überwog alles. Sogar die Aufnahme geregelter Handelsbeziehungen wurde ausschließlich von diesen Motiven dirigiert. Es ist charakteristisch genug, daß die letzte Diskussion in den eidgenössischen Räten über dieses Pro-

blem im Juni 1936 stattfand; es handelte sich damals um eine Motion des Schreibenden, für die ursprünglich große Aussicht auf Annahme bestand, die aber dann unter dem Eindruck des Zürcher Parteitages der SPS., an dem die Landesverteidigung durch ein Zusammenarbeiten von Nicole mit seinen linskradikalen Freunden abgelehnt wurde, vom Parlament verworfen wurde.

Diese Einstellung der bürgerlichen Parteien der Schweiz führte dazu, daß die Aufnahme Rußlands in den Völkerbund ausgerechnet von der Schweiz am leidenschaftlichsten bekämpft wurde; der Widerstand verdichtete sich in jener Rede Mottas, die eine Generalabrechnung mit dem Kommunismus sein sollte, aber an der Tatsache vorbeiging, daß die Mitwirkung Sowjetrußlands in einem Völkerbund, dem es um die Friedenssicherung ernst war, eine wesentliche Voraussetzung der Friedensbewahrung überhaupt darstellte. Obschon Motta wegen dieser Rede, die sich wohl heute als einer der größten außenpolitischen Fehler erweist, den die Schweiz jemals begangen hatte, im Parlament zur Rede gestellt wurde, billigte sie die bürgerliche Mehrheit in zum Teil emphatischen Worten.

Es gehört zur Tragik im Wirken Mottas, daß gerade er — welcher dem Völkerfrieden ehrlich verhaftet war und für ihn sich so ernstlich einsetzte, daß er noch im August 1939 mit Überzeugung den Parlamentsmitgliedern gegenüber, welche eben den General gewählt hatten, versicherte, es werde kein Krieg geben — einen der stärksten Friedenspfeiler zerschlagen half und damit unwissentlich das Seine zum Ausbruch des Krieges beitrug, der sein Leben zerbrach. Man wird an diese Tatsache erinnert, wenn man in der Einleitung zum Buche Joseph E. Davies «Als USA.-Botschafter in Moskau» liest:

«In unserem Lande herrschte und herrscht noch viel Leidenschaftlichkeit, einiges Vorurteil und noch mehr unrichtige Information in der Meinungsbildung über Rußland und die Sowjetunion.» Man wird ehrlicherweise gestehen müssen, daß nicht nur «einiges Vorurteil», sondern ein gehäuftes Maß von Vorurteil über die USSR. bei uns die Beziehungen zu diesem Staatswesen bestimmt habe. Das Buch von Davies, das jetzt in deutscher Übersetzung im schweizerischen Steinberg-Verlag in Zürich herauskommt, ist das erste Buch, das durch seine objektive Darstellung soviel Tatsachen und ruhige Berichte vermittelt, daß eine Revision dieser Anschauungen und eine sachlich richtige Würdigung der Arbeit und des Wirkens der Sowjetunion möglich wird.

Denn es muß festgestellt werden, daß eine ruhige, objektive Würdigung vorher außergewöhnlich schwer, wenn nicht unmöglich war. Wir hatten vor uns die tendenziösen Berichte der Gegner und die leidenschaftlichen der unbedingten Anhänger. Es roch überall nach Propaganda; man war entweder Antibolschewist oder Bolschewist, und damit verdarb man jede Überzeugungskraft. Weder die eine noch die andere Seite verdiente volles Vertrauen. Man mußte sich durch diesen Wust von beeinflußter Literatur mühevoll durcharbeiten und kam so schließlich zu einer Würdigung des wirtschaftlichen und sozialen Wirkens der USSR.; schwierig aber, wenn nicht ganz unmöglich, war die objektive und gerechte Würdigung der Außenpolitik der USSR. Wollte man wiederum der einen

oder andern Seite glauben, wurde man zu den genau gleichen Fehlern verleitet, wie vorher; es ist auffällig, daß gestern wie heute sich besonders Konvertiten vordrängen und nicht Rußland, aber Stalin so loben, als hätte man es mit einem Übermenschen zu tun.

Das gilt besonders auch für das Buch von Mühlestein über «J. W. Stalin, Reden, Ansprachen und Tagesbefehle aus den Jahren 1939—1943», in dem nun säuberlich eine Rede vom 10. März 1939 die Einleitung zu den Reden vom 3. Juli 1941 bis zum 1. Mai 1943 bildet, wobei aber die wichtigen und aufschlußreichen Reden während der kritisch-tragischen Zeit des Nichtangriffspaktes mit Deutschland ausgemerzt sind. Solche Zensoren Stalins schaden einer Sache mehr als sie nützen; denn gerade die Reden des Jahres 1940 und 1941 zeigen deutlich genug, vor welchen ungeheuren außerpolitischen Schwierigkeiten sich die USSR. damals infolge des Versagens der westeuropäischen, kapitalistischen Demokratien befand — und es wäre wirklich keine Schande gewesen, auch sie zu zitieren.

Da aber diese Propagandisten die kritische und gefährliche Periode 1939—1941 wegen ihrer sonderbaren Machtkonstellation, die jetzt nicht mehr recht in ihre Theorie paßt, übergehen müssen, glauben sie, durch übertriebenes, ja serviles Lob und betonte Einseitigkeit überzeugen zu können und merken nicht, daß gerade dadurch das Mißtrauen nur um so größer wird. Das Buch Davies aber ist durch seine scharfe Beobachtung, seine fast zynisch kühle Einschätzung von Personen und Tatsachen, sein «Über-den-Dingen-stehen», geeignet, Vorurteile wirklich zu korrigieren, so daß, wer es am Schlusse weglegt, nur das tiefe Bedauern hegt, daß dieses Buch so spät erschienen ist. Wäre es unmittelbar nach Kriegsausbruch 1939 erschienen, hätte sich im Denken der Völker, die es noch hätten lesen können, manches geändert.

Es handelt sich um das Buch eines großen Amerikaners in diplomatischer Mission. Er ist selbst kein Schuldiplomat, stammt vielmehr aus den großen Geschäftskreisen, aus denen Roosevelt selbst stammt, und bringt mit sich die Einstellung des kapitalistischen Amerikaners des New Deal. Davies verhehlt nie, daß er Kapitalist und nicht irgendwie Kommunist ist. Er lehnt den Kommunismus als System ab, selbst wo er die gewaltigen Fortschritte des Sowjetstaates, vor allem gegenüber dem Zarismus, bewundernd anerkennt; er versteckt diese antikommunistische Einstellung ostentativ vor den führenden Russen nicht, seien es nun Litwinow, Molotow, Kalinin oder selbst Stalin, mit dem er als einziger Botschafter ins Gespräch kommt. Er verhehlt auch keineswegs, daß die USA. Grund zu haben glauben, mit der USSR. unzufrieden zu sein, weil ein geschäftliches Abkommen über die Schulden der Kerenski-Regierung nicht gehalten wurde; aber er hat einen bestimmten Auftrag. der ihm nicht erlaubt, irgendwie unobjektiv zu sein. Präsident Roosevelt sieht den Krieg herannahmen. Er gibt sich Rechenschaft, daß die USA. in den Krieg gezogen werden, und daß es für sie lebenswichtig ist, über Rußland und Deutschland orientiert zu sein. Die bisherigen Botschafter in Moskau und Berlin haben versagt; Bullitt hat in Moskau Verärgerung hervorgerufen und Dodd ist in Berlin so verstimmt, daß diesem ein sicheres Wirken nicht mehr möglich ist. Davies soll daher zuerst nach Moskau und dann nach Berlin fahren, um festzustellen, welches die Politik der beiden Staaten sei und welche militärische und politische Macht sie darstellten.

Der Bericht, der darüber erstattet wird, muß die Politik der USA. entscheidend beeinflussen. Die Mission, die Davies übernimmt, ist daher von entscheidender Bedeutung und wird von ihm dementsprechend pflichtgemäß ausgeführt. Die Fragen, die dieser undiplomatische Diplomat beantwortet, sind in einem großen Bericht vom 6. Juni 1938, kurz vor der Münchener Konferenz, zusammengefaßt. Es ist gar kein Zweifel, daß die USA. den Hauptinhalt dieses Berichtes auf passendem Wege den Außenministerien Großbritanniens und Frankreichs zur Kenntnis gebracht haben, und daß trotz jener Berichte die Fehler von München und Godesberg begangen wurden, die dann schließlich zum Pakt Hitler-Stalin vom August 1939 führten. Die Zahlen, die Davies über den wirtschaftlichen Aufbau, die Wirksamkeit der Fünfjahrespläne gibt, sind erstaunlich und in dieser Vollkommenheit noch nirgends so überzeugend dargestellt worden. Auf Grund seiner Berichte ergibt sich ungefähr zusammenfassend folgendes Bild:

Die USSR. ist in einem beispiellosen industriellen Umwandlungsprozeß begriffen; die Industrialisierung der Ukraine, des Don und Donezgebietes, der Wolga-Gegenden, des Ural und Sibiriens hat unvorstellbare Fortschritte gemacht; aber je weiter diese Industrialisierung fortschreitet, um so mehr verändert sich der theoretisch-kommunistische Charakter in Staat und Wirtschaft und nähert sich stark kapitalistischen Prinzipien. Dieser Prozeß braucht aber Zeit und ungeheuer viel Kraft; daher ist Rußland auf das Lebhafteste daran interessiert, daß der Friede gewahrt werde. Es sucht im höchsteigenen Interesse mit allen Mitteln den Frieden zu wahren, weil der Krieg das ganze Aufbauprogramm zerstören wird. Rußland wendet sich daher hauptsächlich seinen eigenen Angelegenheiten zu; je weniger sein Streben, den Frieden zu sichern, anerkannt und von den Westmächten unterstützt wird, um so sicherer wird es in die Isolation, in die Abkehr von den westeuropäischen Angelegenheiten getrieben. Seine Armee, die bewundernswert unkonventionell, rein sachlich aufgebaut ist und daher in ihrem Denken am nächsten verwandt ist mit der deutschen, während von der traditionell belasteten und verrosteten Militärmaschine Frankreichs sie ein Abgrund trennt, ist trotzdem rein auf die Defensive eingestellt; Rußland kann den Krieg nicht brauchen. Es gibt aber eine große Anzahl Sicherheitsfaktoren, welche Rußland viel benützt und die das außenpolitische Handeln bestimmen helfen.

Zunächst ist die russische Regierung überzeugt, daß man es in den westeuropäischen Staaten mit ihr nicht ehrlich meint; man weiß selber wohl daß es eine Richtung gibt, welche sich der USSR. bedienen möchte, um militärische Sicherheit zu erreichen, daß aber ebenso stark die andere Gruppe ist, die immer noch mit dem Gedanken eines alleuropäischen Blocks gegen die USSR. spielt und von der man nicht weiß, welchen Einfluß sie auf die Regierungen hat, die aber in jedem Augenblick das außenpolitische Handeln bestimmen kann. Von tiefstem Miß-

trauen beseelt ist man vor allem gegen die englische Regierung. Der britische Botschafter, ein Vollblut-Lord, trägt Scheuklappen; wohl wird eine Kritik nie ganz offen ausgesprochen, aber die Lobreden, welche die russischen Kommissäre auf Davies halten, umfassen gleichzeitig eine unausgesprochene Kritik an den andern, die es nicht fertiggebracht haben, so ehrlich, aufgeschlossen und freundschaftlich zu sein, wie der Amerikaner. In jenem Bericht vom Juni 1938 kehrt ein Satz wieder: «Immer mehr wuchs der Argwohn an, Großbritannien und Frankreich spielten ein diplomatisches Spiel, um die Sowjets in eine Lage zu bringen, wo Rußland allein gegen die Deutschen kämpfen müsse.» «Rußland will den andern nicht die Kastanien aus dem Feuer holen.» Und als Folge: «Dies hat charakteristischerweise zu einem Umschlag ins Gegenteil geführt, indem sie («die Sowjetführer») beschlossen, nunmehr ihre eigene Stellung zu sichern und zu diesem Zweck mit Deutschland einen Nichtangriffspakt abzuschließen, der Rußland, wenigstens eine Zeitlang, den Frieden sichern solle, unabhängig von den Kriegsmöglichkeiten in Europa.» Das unaufrichtige Spiel Frankreichs und Großbritanniens wird von Davies eingehend und mit steigender Besorgnis geschildert; er macht immer wieder darauf aufmerksam, daß es Stalin zwingen werde, noch einige Jahre der Ruhe zu gewinnen, um für die eigene Sicherheit zu sorgen. Für den Stalin-Hitler-Pakt macht er ausschließlich die verrückte Diplomatie Frankreichs und Großbritanniens verantwortlich; sie hat Stalin Hitler in die Arme getrieben.

Hierin, in dieser Darstellung, liegt die eigentlich entscheidende Bedeutung des Buches, liegt das überzeugend vorgetragene große Neue; Europa hätte den Frieden haben können, wenn Frankreich und Großbritannien wirklich ehrlich und mindestens so vorbehaltlos, wie dies heute gelegentlich geschieht, mit Rußland zusammengearbeitet hätten; aber das Abkommen von München, bei dem man Rußland ausschloß, schloß die Türe einer Verständigung zu; es bewies der Sowjet-Diplomatie, daß man wohl unter dem Druck deutscher Drohungen bereit sei, sich mit Deutschland zu verständigen, aber daß man es nicht fertig bringe, mit Rußland, dessen Freundschaft man brauchte und übrigens erringen konnte, zusammenzuarbeiten, um den Frieden zu sichern. Als dann das grausame Erwachen im März 1939 mit der Besetzung Prags folgte, war es schon zu spät geworden; Rußland hatte sich entschieden, und nur eine große Anstrengung der Westmächte hätte noch eine Änderung herbeiführen können. Der Beweis wäre zu erbringen gewesen, indem man Polen mit seiner für Tatsachen blinden Regierung in die Zange genommen hätte, jenes Polen, das unter den Beck, Rydz-Smigli eine unvorstellbar törichte, eingebildete Politik trieb. Man liest mit einem wahren Schaudern jenen Bericht über die Unterredung mit einem polnischen Gesandten, in welcher dieser großtönend versicherte, die polnischen Armeen stünden 14 Tage nach Kriegsausbruch in Berlin! Dieses Polen aber hätschelte man, und die USSR., die wirklich eine Macht darstellte, die den Frieden wollte und sichern konnte, trieb man in die Isolation.

Von dieser entscheidenden Stelle aus läßt sich dann auch manches anders beurteilen, als es früher der Fall war. Der Angriff auf Finnland erhält eine andere diplomatische Grundlage. Davies schreibt darüber, jetzt schon in Brüssel, nicht mehr in Moskau: «Die Sowjets nehmen es auf sich, die Weltmeinung und die Auffassung vieler «Weltkommunisten» vor den Kopf zu stoßen, indem sie Finnland zum Zweck der Vervollständigung des befestigten Flottenstützpunktes von Leningrad gegen einen etwa möglichen künftigen feindlichen Überfall angreifen — und dieser potentielle Feind kann kein anderer sein als ihr gegenwärtiger Verbündeter, Deutschland. Ein solcher Anachronismus wäre noch vor einigen Monaten unmöglich gewesen.»

Das ist eine diplomatische Beurteilung, die uns aber nicht dazu führen kann, den Angriff gegen Finnland moralisch gutzuheißen. Er war als Präventivkrieg eines Großstaates gegen einen Kleinstaat ein schwerer Fehler; die Ereignisse dürften unterdessen doch gezeigt haben, daß ohne den vorangegangenen Krieg die finnischen Arbeiter niemals Deutschland ins Land gelassen hätten, daß sie sich, ohne den vorherigen Angriff, gegen die Verwendung ihres Landes als Sprungbrett gegen Rußland energisch gewehrt hätten; aber nachdem sie einmal angegriffen waren, blieb ihnen nichts anderes übrig, als sich zu wehren - genau wie wir es auch getan hätten; und nachdem sie einmal im Kriege waren, mußten sie zähneknirschend dulden, daß man ihnen die deutsche Hilfe aufdrängte, die sie freiwillig nie angenommen hätten. Der Landgewinn, den Rußland im Kriege gemacht hat, hat schließlich doch nicht ausgereicht, um das Vordringen der deutschen Armee bis vor Leningrad zu verhindern; aber ein aufständisches Finnland im Rücken einer deutschen Armee in Finnland wäre eine so schwere Gefährdung der Verbindungslinien gewesen, daß sich wahrscheinlich Deutschland überlegt hätte, ob es den Einbruch in Finnland riskieren wolle, trotz der antikommunistischen Haltung Mannerheims. Das finnische Volk stellte eine andere militärische Potenz dar, als das damalige norwegische.

Die Unsicherheit in der internationalen Arbeiterschaft, welche Rußland durch seinen Angriff auf Finnland hervorgerufen hat, hat mehr geschadet, als der militärische Vorstoß nützen konnte. Aber es muß staatspolitisch anerkannt werden, daß dieser Fehler provoziert wurde durch die ganze Reihe großer, unentschuldbarer Fehler, welche die unehrliche Politik Frankreichs und Großbritanniens damals gegen Rußland beging.

Die Einstellung Stalins: Friede für Rußland, Sicherheit für den Aufbau! hat in der USSR. zu einer scharfen innerpolitischen Auseinandersetzung geführt. Davies unterscheidet genau zwischen «Weltkommunisten» und russischen Bolschewisten; während die einen, nach der These Trotzkys, unter allen Umständen die Weltrevolution durchführen wollten, entschieden sich die andern für die Sicherheit Rußlands in erster Linie und damit für den Abbau der internationalen Tätigkeit. Wenn die Komintern nicht längst erledigt wurde, dann nur deswegen, weil Rußland die kommunistischen Parteien der einzelnen Länder für seine eigenen militärischen Zwecke vielleicht noch brauchen konnte, wenn der befürchtete Fall des Zusammenschlusses Deutschlands mit Frankreich und Großbritannien trotz allem Wirklichkeit werden sollte. Die einzelnen kommunistischen Parteien wurden daher einfach zu Außenposten der Außen-

politik der USSR. Weil den alten Kommunisten dieser Übergang zum Nationalstaat einerseits, die Aufgabe der Weltrevolution anderseits als eine Schändung der alten bolschewistischen Grundsätze vorkam, regte sich die Opposition lebhaft. Ganz zweifellos war sie in ihren Mitteln nicht wählerisch; es ist sehr wohl möglich, daß sie überzeugt war, ein neuer Krieg werde, wie im letzten Weltkrieg, die nationalen Grundsätze zugunsten einer internationalen revolutionären Strömung überwinden, und daß daher mit dem Gedanken eines neuen Weltkrieges gespielt wurde. Ja, es ist nicht ausgeschlossen, sondern erscheint heute nach den Berichten von Davies sehr wahrscheinlich, daß diese Opposition sich mit den äußern Feinden des Landes verbündete, daß sie bereit war, ihnen bei einem Konflikt mit der USSR. als Fünfte Kolonne zu dienen. Davies schätzt die Verräterprozesse als Kampf gegen die Fünfte Kolonne ein und ist darin so sicher, daß er bei Ausbruch des deutsch-russischen Krieges die Frage, welche Bedeutung die Fünfte Kolonne haben werde, mit der lapidaren Antwort abfertigt: «Gibt es nicht. Sind alle erschossen.» Tatsächlich hat die USSR., die 23 Jahre nach ihrer eigentlichen Staatsgründung zum Kampf auf Leben und Tod mit Hitler-Deutschland angetreten ist, keine Fünfte Kolonne gekannt, so daß jedenfalls nicht nur die Behauptung Davies', sondern auch die Verräterprozesse mit ihren für uns unverständlichen Härten und grausamen Urteilen ihre politische Rechtfertigung durch Tatsachen gefunden haben.

Die Auflösung der Komintern erscheint aber unter der neuen, völlig geänderten Konstellation seit 1941 wiederum als folgerichtig; sie hatte ihre Bedeutung in einem feindlichen Land, aber sie wurde wertlos in Ländern, auf deren Zusammenarbeit man angewiesen ist, wenn der größte aller Kriege gewonnen werden soll. Als - vielleicht nur augenblickliche — außenpolitische Konzession an die neuen Verbündeten, das stark geänderte Großbritannien unter Churchill und die USA., erscheint jedenfalls die Auflösung der Komintern ebenso selbstverständlich, wie ihre Neugründung es wäre, wenn diese Freundschaft nicht ehrlich gemeint sein und durch einen unterirdischen Kampf gegen die USSR. abgetauscht werden sollte. Daß aber hier die führenden Männer der USSR. absolut unbefangen sind und den kapitalistischen Partnern der neuen Allianz allerhand zutrauen, haben gerade die letzten Ereignisse und die scharfe unzweideutige Demonstration gegen allfällige Hinterhältigkeiten bewiesen; die Abberufung Litwinows im Augenblicke der Konferenz von Ouebec ist unmißverständlich und wird sicherlich verstanden.

Ist aber das Bild, das Davies von der USSR. gibt, auch zuverlässig richtig gezeichnet? Verschiedene deutliche Anzeichen weisen darauf hin, daß dies der Fall ist. Zunächst schmeichelt Davies, der heute als Freund der USSR. und ihrer Machthaber gilt, weder dem System noch seinen Männern. Er behauptet immer wieder, daß das amerikanische System besser sei, weil es die persönliche Freiheit, das Recht freier Gesinnungsäußerung, das Recht einer friedlichen Volksvertretung, das Recht auf Gedankenfreiheit, auf freie Religionsausübung nach dem Gebot des eigenen Gewissens, das Leben der Familie und des Einzelnen schützt und

den Staat zwingt, die Schuld über alle Zweifel hinaus zu beweisen, ehe ein Mensch vom Staate bestraft werden könne; er setzt diese Thesen in bewußten Gegensatz zu der kommunistischen Auffassung — und wird doch zum Anwalt des russischen Staates. Er hat den Beweis erbracht, daß er die französische und britische Vorkriegsdiplomatie nicht nur durchschaut, sondern als hervorragend unfähig erkannt hat; er sagt die Entwicklung der russischen Außenpolitik mit Klarheit voraus und hat selbst in der Vorausbestimmung einzelner Daten, wie des Kriegsbeginns 1939, fast auf den Tag genau die Entwicklung bestimmen können; das weckt Vertrauen.

Gerade aber aus der Berichterstattung dieses Botschafters ermessen wir, was uns zur Beurteilung der wirklichen Sachlage in Rußland fehlte: Eine eigene schweizerische Vertretung, die nicht mit Vorurteilen beladen war, die nicht bloß unseren innerpolitischen Parteibedürfnissen zu dienen gewillt gewesen wäre; da aber mit Sicherheit anzunehmen war, daß eine diplomatische Vertretung der Schweiz, wenn sie früher nach Moskau gekommen wäre, gerade diesen unzulässigen Charakter gehabt hätte, so ist vielleicht für unsere Information nicht viel verloren gegangen, als wir nicht einen Diener Mottas und der hinter ihm stehenden Parteien nach Rußland sandten.

Jetzt aber haben sich die Dinge gründlich gewandelt. Nach dem Vorliegen des Buches von Davies, der sein Christentum wie seine kapitalistisch-individualistische Gesinnung nie verleugnet, gibt es für alle Länder, auch für die Schweiz, keinen ernsthaften innerpolitischen Grund mehr, um in der alten Haltung zu verharren. Die Schweiz muß heute den Mut haben, alte Irrtümer zu überwinden und den Weg zu einer Regelung der immer noch hängenden schweizerisch-russischen Fragen zu gehen, ohne sich um das Gejammer der Antibolschewisten Musyscher Prägung einerseits, um das Propagandagerassel der Kommunisten anderseits zu kümmern. Es gibt Dinge, die über die parteipolitischen Bedürfnisse der Sektierer rechts und der Sektierer links hinweg den schweizerischen Staat zu einer gründlichen Änderung seiner bisherigen Haltung veranlassen müssen. Es sind alle Bestrebungen zu unternehmen, um, wenn auch sehr spät, so doch mit allem Nachdruck, die schweizerisch-russischen Beziehungen zu normalisieren. Dabei dürfen einzig die wirtschaftlichen und gesamtstaatlichen Interessen der Schweiz maßgebend sein; diese wichtige Frage muß mit Entschiedenheit dem Bereich kleiner, parteipolitischer Zänkereien entzogen und auf die weite Ebene der staatlichen Selbstbehauptung einer kleinen Demokratie gehoben werden.

Ist aber der Augenblick dazu gekommen, oder ist es ratsam, weiter zuzuwarten? Werden wir nicht das Stirnerunzeln der einen oder andern Mächtegruppe, wenn nicht sogar Schlimmeres, einfangen, wenn die Schweiz jetzt die alte, schlechte Haltung verläßt und eine neue einzunehmen versucht?

Wir könnten zunächst darauf hinweisen, daß die Frage, ob wir unsere Bezⁱehungen zu Rußland regeln wollen oder nicht, ausschließlich eine Angelegenheit der schweizerischen Souveränität darstellt, daß sie unsere

Neutralität keineswegs berührt, da wir nur etwas tun, was nach dem Völkerrecht keinem selbständigen Staat verwehrt ist, und daß daher die Frage nur uns angeht. Das mag rechtlich und theoretisch so sein; praktisch aber liegen die Dinge vielleicht anders.

Es ist Tatsache, daß zwischen den Alliierten und Rußland gewisse Spannungen entstanden sind, die ihre Ursache im alten Mißtrauen haben, das Rußland mit Recht gegenüber den früheren Regierungen der westlichen Demokratien haben dürfte. Deutet das Ausbleiben einer zweiten Front nicht darauf hin, daß man wirklich gerade jetzt Rußland in jener Lage lassen will, gegen die sich Stalin immer mit Entschiedenheit gewehrt hat, daß es allein gegen die Deutschen kämpfen und den andern die Kastanien aus dem Feuer holen muß? Bedeutet die Atlantik-Charta, daß man gegen Rußland durch die Beibehaltung der Baltischen Staaten wiederum jenen Cordon sanitaire aufrichten will, der eine verhängnisvolle Folge des Versailler Vertrages und des Geistes von Clemenceau sowie der großkapitalistischen Geheimdiplomatie hinter der Szene war? Die Abberufung Maiskis und Litwinows aus London und Washington, die Gründung des Komitees «Freies Deutschland» und die Anerkennung der Regierung des Kämpfenden Frankreichs zeigen jetzt schon deutliche außenpolitische Unterschiede, kommende Konflikte zwischen Rußland und den westlichen Demokratien um die Vorherrschaft in einem Europa, dessen Produktionsapparat in kaum vorstellbarem Ausmaße zerschlagen und für die Konkurrenz weitgehend ausgeschaltet ist. Hier jetzt die Finger dazwischen zu halten, scheint gefährlich zu sein. Es ist sehr leicht möglich, daß selbst die Alliierten Rußlands, bei denen die geänderte politische Stellungnahme gegenüber der USSR. noch durch keine umfassende, dauernde, innerpolitische Änderung untermauert ist, an einem Ausgleich der schweizerisch-russischen Differenzen nicht eitel Freude hätten. Daß die Feinde der USSR, wahrscheinlich eine Regelung unserer Angelegenheit nicht gern sähen, um es euphemistisch zu sagen, scheint selbstverständlich zu sein.

Dennoch: Was gewinnt die Schweiz mit längerem Warten? Sie darf gar nicht hoffen, daß ein Augenblick komme, der für sie günstiger sei, um zu einer Regelung zu gelangen. Je länger der Krieg dauert und je mehr er die Entwicklung nimmt, daß die Achse zurückgedrängt wird und im Osten die USSR., im Westen und Süden die Alliierten in die Festung Europa eindringen, um so stärker wird die Stellung der Schweiz durch ihre bisherige Haltung belastet. Jeder spätere Augenblick kann nur ungünstigere Ausgangslagen für eine endliche Regelung der russischschweizerischen Beziehungen und damit erschwerte Bedingungen für die Schweiz mit sich bringen.

Bleiben die Beziehungen zwischen den Alliierten und Rußland so, wie sie heute sind, dann droht die Gefahr, daß wiederum Mißtrauen und Kampf um Machtpositionen die Politik in Europa entscheiden, wo in den nächsten Jahrzehnten in auf Kenntnis des Partners beruhendes Vertrauen und eine Zusammenarbeit im Geiste des Völkerrechtes die einzigen Garantien für den Bestand Europas und vor allem der Kleinstaaten

bilden.*Wenn wir jetzt versuchen, unsere Beziehungen zu Rußland auf den Boden des Rechts und des gut informierten Vertrauens zu stellen, wobei wir den von den Faschisten gepredigten Haß genau so ausschalten müssen, wie die sklavisch blinde Hingabe der Kommunisten, so leisten wir gerade jetzt der Sache des Völkerrechts und der Zusammenarbeit in Europa möglicherweise einen großen Dienst; und je mehr wir dieser Sache zu dienen vermögen, um so sicherer sind auch die Grundlagen, auf denen unsere staatliche Existenz nach dem Kriege beruht.

Wir sind zur Erkenntnis gekommen, daß es kleinlich, ja schwächlich, auf jeden Fall aber undemokratisch ist, die Regelung der zwischenstaatlichen Beziehungen von der Regierungsform des andern abhängig zu machen, wenn der andere durch seine Regierungsform nicht gerade deutlich zu erkennen gibt, daß er uns zu vernichten gedenkt. Für unsere Demokratie gilt, was für die amerikanische: «Keinesfalls dürfen wir einer Nation das Recht vorenthalten, auf dem unsere eigene Regierung beruht: Das Recht einer jeden, sich nach ihrem Willen die Regierungsform zu wählen, die sie wünscht, und die Regierungsgeschäfte denjenigen Organen zu übertragen, die sie für geeignet hält, sei es ein König, eine Kammer, eine Nationalversammlung, eine Kommission, ein Präsident oder was sie sonst wählen mag.» Dieses Wort Thomas Jeffersons hätte vielleicht warnend vor der Rede Mottas in Genf stehen müssen; dann wäre uns der schwere Irrtum nicht passiert, der in seiner Rede zu unser aller Schaden enthalten war.

Es wird aber auch gut sein, wenn wir uns die Richtlinien zu eigen machen, die Schwedens Außenminister Günther in seiner Rede in Karlskrona kürzlich verkündet hat; ein kleines Land kann sich nicht von der Welt isolieren; wenn eine friedliche Welt aufgebaut werden soll, so wird man die neutralen Länder brauchen. Die neutralen Länder müssen sich auf ihre Aufgabe vorbereiten, die in einer Wiederherstellung des Kontakts mit der Welt nach dem Kriege und in einer aktiven Beteiligung am Wiederaufbau auf der Grundlage einer friedlichen Einstellung nach allen Seiten bestehen. Die Schaffung einer weltumfassenden internationalen Organisation, welche die Verhinderung neuer Kriege bezweckt und auf der achtungsvollen Zusammenarbeit aller Völker aufgebaut ist, wird nach dem Kriege die größte und wichtigste Aufgabe der Menschen sein.

Einer derartigen neuen Ordnung kann sich die Schweiz so wenig wie Schweden entziehen, und wir werden die sich daraus ergebenden Verantwortungen und Lasten zu übernehmen haben. Diese große und schöne, vor allem aber für die Existenz der Kleinstaaten lebenswichtige Aufgabe können wir nicht erfüllen, wenn wir mit einem Staat, der unter allen Umständen nach dem Kriege in Europa ein entscheidendes, wenn nicht überhaupt das entscheidende Wort sprechen wird, nicht rechtzeitig unsere Rechnung ins reine gebracht haben. Mit der Hypothek unserer nicht ge-

^{*} Diese Zeilen waren geschrieben, als zwei weitere Tatsachen den beginnenden Interessenkampf zweier Mächtegruppen in Europa abdeckten: Die von der alliierten Erklärung deutlich differenzierte, vorbehaltlose Anerkennung des französischen Befreiungskomitees und die scharfe Verwarnung der russischen Presse gegen die Bildung eines osteuropäischen Staatenblocks.

regelten Beziehungen zu den USSR. belastet, werden wir nach dem Kriege auch als moralische Großmacht eine quantité négligeable sein. Das aber wollen wir nicht. Es liegt daher in unserem dringendsten Lebensinteresse, so rasch als es die Verhältnisse gestatten, den alten Zwist zu begraben, die Beziehungen zu der USSR. in Ehre und Würde zu regeln; damit dienen wir nicht nur uns, sondern vor allem auch einer europäischen Ordnung in Frieden, Recht und Freiheit.

Daß dem so ist, werden schließlich in absehbarer Zeit auch diejenigen Länder und Völker einsehen, deren Regierungen heute aus rein parteipolitischen Interessen die Wiederaufnahme der schweizerisch-russischen Beziehungen mißdeuten könnten.. Aber wir haben nicht an das rasch vorübergehende Heute, nicht an die Regierungen, die wechseln, sondern an das Morgen und das Bleibende, an die Völker und an Europa, nicht zuletzt aber an uns zu denken.

Wir wollen nicht in die Zeiten der Friedensverhandlungen gehen, ohne daß unsere Rechnung mit der USSR. freundschaftlich beglichen ist. Es sind auf beiden Seiten Dinge vorgefallen, die besser nicht geschehen wären; aber wir wollen nicht vergessen, daß in Rußland im Affekt der Revolution manches gegen uns geschah, was später im geordneten Staat vermieden wurde; bei uns wurde aber ein Gesandtenmörder im Rahmen des Rechtsstaates durch ein Volksgericht in Zeiten «der Ruhe und Ordnung» freigesprochen.

Ob freilich unsere Regierungsparteien den Mut und die Kraft finden werden, rechtzeitig zu tun, was nicht länger unterlassen werden darf, ist eine andere Frage. Es wird gut sein, wenn in solcher Notlage die Partei sich der Sache annimmt und im demokratischen Parlament offen die Aussprache über die Regelung der schweizerisch-russischen Beziehungen verlangt.

Voraussetzungen der Einheit

Von Werner Stocker

Der Zusammenschluß der gesamten Linken zu einer politischen Einheit steht auf der Tagesordnung. Die SPS sieht nicht erst heute in diesem Zusammenschluß aller sozialistisch Denkenden eine grundlegende Notwendigkeit für dauernde und sichere Erfolge der Arbeiterbewegung. Sie fordert mit dem vom Parteivorstand beschlossenen Antrag an den Parteitag neuerdings die Mitglieder der KPS, FSS und SJS auf, «im Interesse der Gesamtarbeiterschaft ihre Sonderorganisationen in jeder Form zu liquidieren und sich alsdann, unter Achtung der Grundsätze, Statuten und Beschlüsse der SPS ihr anzuschließen». Aber auch diese Sonderorganisationen selbst erklären heute — im Gegensatz zu früheren Jahren — grundsätzlich bereit zu sein nicht nur zu «Einheitsfront»-Aktionen, sondern zum organisatorischen Zusammenschluß in der SPS, «auf Grund der Statuten und des Programms der SPS.»

Damit wäre eine erste und wichtigste Voraussetzung für die Schaf-